

Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation

Hartmut Häußermann¹

Zusammenfassung

Die ungleiche Verteilung von unterschiedlichen Bewohnergruppen im Stadtgebiet bezeichnen wir als Segregation. Sie entsteht als Folge der Übersetzung von sozialer Distanz in räumliche Distanz. Aktive Distanzierungen gehen von den Haushalten mit besserer Ressourcenausstattung aus, die über ihren Wohnstandort nach subjektiven Präferenzen entscheiden können; passiv und unfreiwillig segregiert werden dagegen die Haushalte mit geringen Ressourcen – sie werden in Quartiere gelenkt, die von der Mehrheitsgesellschaft gemieden werden. Nicht nur die Verfügung über materielles Kapital entscheidet darüber, wer wo in der Stadt wohnt, vielmehr bestehen auch kulturelle Barrieren, z.B. ethnische Diskriminierungen, die zu einer Konzentration von bestimmten Minderheiten in bestimmten Quartieren der Stadt führen.

Die räumliche Konzentration von marginalisierten und diskriminierten Haushalten kann problematische Sozillagen verfestigen und verstärken. Insbesondere wenn sich bei Kindern und Jugendlichen der Aktions- und Kommunikationsraum auf das Quartier beschränkt, können negative Nachbarschaftseffekte in Form von Sozialisationschäden und versagten Lebenschancen auftreten.

1 Begriffliche Klärungen: Ausgrenzung und Segregation

Seit etwa einem Jahrzehnt werden in den USA und Europa neue Strukturen sozialer Ungleichheit beschrieben und diskutiert, die gegenüber den bisher bekannten Formen von Benachteiligung und Diskriminierung eine neue Qualität darstellen. Dabei spielt die Segregation, d.h. die ungleiche Verteilung von verschiedenen Gruppen der Bevölkerung auf die Quartiere einer Stadt, eine wichtige Rolle. Anlass sind die Zunahme von Armut und sozialer Deprivation sowie die Herausbildung neuer Ungleichheitsstrukturen, die mit Begriffen wie *Spaltung der Stadt* oder *Ausgrenzung* benannt werden (vgl. Häußermann/Kronauer/Siebel 2009). In den Städten hat die Zahl der Armutsbevölkerung zugenommen. Zwischen 10 und 20 Prozent der Großstadtbevölkerung sind in Deutschland von Einkommensarmut betroffen.

¹ Siehe Vorwort der Herausgeber.

Als Ausgrenzung wird ein Prozess bezeichnet, in dem Individuen oder Haushalte von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Standards der Lebensführung sich entfernen bzw. entfernt werden: in *ökonomischer* Hinsicht, indem sie keinen Zutritt zum Arbeitsmarkt mehr finden; in *institutioneller* Hinsicht, indem sich zwischen ihnen und den politischen bzw. sozialstaatlichen Institutionen unüberwindliche Schranken aufbauen; in *kultureller* Hinsicht, wenn Stigmatisierung und Diskriminierung zum Verlust des Selbstwertgefühls und zum Verlust der moralischen Qualifikationen führen, die für ein integriertes Leben Voraussetzung sind; und schließlich in *sozialer* Hinsicht, wenn durch soziale Isolation und das Leben in einem geschlossenen Milieu die Brücken zur ‚normalen‘ Gesellschaft verloren gegangen sind.

Der Ausgrenzungsprozess erreicht seinen Höhepunkt, wenn Individuen oder Haushalte in allen vier Dimensionen weit von der Mitte der Gesellschaft entfernt sind (vgl. Kronauer 2002), und wenn dies mit einer ‚inneren Kündigung‘ gegenüber der Gesellschaft zusammentrifft, die sich in Resignation, Apathie und Rückzug äußert. Von der Gesellschaft im Stich gelassen, erwarten dann die Betroffenen auch nichts mehr von der Gesellschaft und verhalten sich entsprechend gleichgültig oder rücksichtslos.

Als *Segregation* wird in der Stadtforschung die räumlich ungleiche Verteilung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet bezeichnet (vgl. Friedrichs 1995; Häußermann/Siebel 2004). Segregation kann anhand verschiedenster Merkmale beschrieben werden: Klassen, Schichten oder Milieus; Merkmale der sozialen Lage wie Einkommen, Armut oder Arbeitslosigkeit; demographische Merkmale wie Alter, Nationalität oder Migrationshintergrund. Lebensstile und Haushaltsformen unterscheiden sich ebenfalls signifikant zwischen verschiedenen Orten in der Stadt. Die Segregation einer bestimmten Gruppe kann mit verschiedenen statistischen Verfahren gemessen und in einem Segregationsindex ausgedrückt werden. Vergleiche zwischen Städten sind dabei allerdings kaum möglich, weil die Abgrenzung der Gebiete, für die überhaupt Daten bereit stehen, sehr unterschiedlich ausfallen. Und generell gilt, dass sich eine stärkere Segregation ergibt, je kleiner die der Analyse zugrunde liegenden Gebietseinheiten sind. Mit dem Begriff Segregation wird die Konzentration von Teilgruppen der Bevölkerung mit einem bestimmten Merkmal in den Teilgebieten der Stadt bezeichnet. Daraus ergibt sich: segregiert bzw. konzentriert können nur Personengruppen, nicht aber Gebiete sein.

Segregation kann freiwillig oder erzwungen sein; je größer die Ressourcen eines Haushalts sind, desto weniger Restriktionen sieht er sich bei der Wohnstandortwahl ausgesetzt und kann frei entscheiden. Wer über wenig materielles, soziales und kulturelles Kapital verfügt hat dagegen nur wenige Wahlmöglichkeiten, denn die meisten Segmente des Wohnungsmarktes bleiben ihm verschlossen. Materielle Barrieren und sozial-kulturelle Diskriminierungen führen zu einer sozialen Sortierung der Bevölkerung. Am stärksten segregiert wohnen in der Regel die Reichsten und die Ärmsten (vgl. Friedrichs 1995) – allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen: Die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen wohnen, wo sie müssen.

Ist Segregation ein Problem? Auf diese Frage gibt es verschiedene Antworten, die mit verschiedenen Perspektiven der Fragestellung zusammenhängen. Die erste ergibt sich aus der Geschichte der industriellen Stadt und den Reaktionen auf die Entstehung von Arbeitervierteln; die zweite bezieht sich auf die befürchteten Effekte der Konzentration von bestimmten Gruppen der Bevölkerung in wenigen Teilräumen der Städte. Während bei der ersten Perspektive die Entwicklung der Stadt insgesamt im Vordergrund steht, wird bei der zweiten nach den Lebenschancen der Bewohner von bestimmten Vierteln gefragt. Wird also

im einen Fall gleichsam ‚von oben herab‘ die Wünschbarkeit der Konzentration einer Bevölkerungsgruppe (etwa: Migranten) beurteilt, frage man im zweiten Fall danach, ob Bewohner eines Quartiers mit hoher sozialer oder ethnischer Homogenität aus dieser Tatsache Vor- oder Nachteile haben. Das ist die Frage nach den Nachbarschaftseffekten.

Während die sehr starke Konzentration von reichen Haushalten in wenigen exklusiven Wohngebieten in der Regel kein Thema der Stadtpolitik ist, gilt die Konzentration von Bewohnern, die in der Gesellschaft aufgrund ihres Bildungs- bzw. beruflichen Status oder aufgrund von Diskriminierungen eine Randposition einnehmen, als unerwünscht bzw. als ‚ungesund‘. Auch ethnische Segregation, also die Konzentration von Migranten in einigen Quartieren, wird als schlecht eingestuft – Mischung dagegen gilt als besser, *soziale Mischung* ist das allgemein geteilte Leitbild, ja man kann sagen: das Mantra der Stadtpolitik. Obwohl Mischung ständig beschworen wird, gibt es für deren höheren Nutzen nicht nur keine schlüssigen Begründungen, sondern es gibt auch keine wirksamen stadtpolitischen Instrumente, Segregation zu bekämpfen oder zu beseitigen.

2 Das Menetekel: Die proletarischen Viertel

Segregation nach dem sozialen Stand bzw. nach Handwerksberufen war in der vorindustriellen Stadt die Regel. Da die Besitzlosen jeweils im Haus ihrer Familie oder ihrer Herrschaft wohnten, folgte diese Segregation nur dem sozialen Status des Familienoberhaupts, der einzelne Haushalt umschloss aber ein sehr viel breiteres Spektrum von sozialen Lagen. Erst mit der Industrialisierung bildete sich ein deutliches Muster sozialer Segregation heraus: Während das besitzende Bürgertum auf Distanz zur dicht bewohnten, von Lärm, Gestank und Verkehr belasteten Stadt ging und sich ins Umland absetzte, bildeten sich in der Nähe der Fabriken die neuen Arbeiterviertel für das lohnabhängige Proletariat. Diese Viertel waren geprägt durch eine extrem hohe Wohndichte, denn anders hätten die Bewohner die geforderte Miete nicht bezahlen können; dabei waren faktisch keine sanitären Einrichtungen vorhanden. Technische Systeme für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gab es noch nicht, so dass ansteckende Krankheiten sich rasch ausbreiten konnten und die Arbeiterviertel als Brutstätten für Epidemien galten (sehr anschaulich für Paris: Willms 1988). Nicht die soziale Lage der Proletarier, sondern das Wohnen in den Arbeitervierteln erschien als das zentrale Problem. Segregation wurde zu einem Menetekel.

Die gesundheitlichen Folgen der schlechten Wohnqualität bedrohten auch das Bürgertum, denn die Ausbreitung der Cholera, die die häufigste Epidemie war, machte nicht an den Grenzen der proletarischen Viertel halt. Aber auch die sozialen Folgen des Lebens in den Arbeitervierteln wurden als eine Bedrohung wahrgenommen. *Friedrich Engels* (1820-1895) hatte in seinen Berichten über die Lage der arbeitenden Klasse in England das Wohnungselend grell ausgemalt und bereits früh eine Art Theorie der Nachbarschaftseffekte aufgestellt. Er beschrieb, dass die Arbeiter unter diesen Umständen kein ordentliches Leben führen könnten; vielmehr bilde sich ein Lumpenproletariat, das keine Moral ausbilde und die Bewohner gleichsam nach unten ziehe (vgl. MEW 1956 ff. Band 2: 225 ff). Dass die Kinder, die häufig ohne eine ordentliche, d.h. am bürgerlichen Modell der Kleinfamilien orientierte Familie aufwachsen mussten, verbaute ihnen die Zukunft. Sie hätten, so die Diagnose der Sozialreformer, keine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg, weil das Lernen in den

Vierteln mit einer hohen Konzentration von Menschen in einer Armutssituation unmöglich sei (vgl. Häußermann/Siebel 1996).

Daneben existierte die politisch sicher sehr wirksame Furcht vor den politischen Wirkungen der Segregation. Arbeiterviertel galten als Brutstätten der Revolution, denn dort verbreitete sich in direkter Kommunikation die Propaganda der Arbeiterbewegung und der sozialistischen und kommunistischen Parteien. Die Wohnverhältnisse waren selbst ein beliebtes Mittel antikapitalistischer Propaganda. Um den revolutionären Umsturz zu verhindern, musste sich etwas an der Segregation ändern.

Diese Wahrnehmungen provozierten Forderungen nach einem staatlichen Eingriff, der die Folgen des liberalen Regimes in Wohnungs- und Städtebau begrenzen oder vermeiden sollte (vgl. Häußermann/Siebel 1996). Dieser Staatseingriff, der mit der Etablierung der ersten Demokratie in den 1920er Jahren begann, hatte als eines seiner herausragenden Ziele die *soziale Mischung*. Das Instrument, um diese herzustellen, war die öffentliche Förderung des Mietwohnungsbaus. Den Zusammenhang zwischen niedrigen Löhnen und ungesunden, soziale Segregation erzeugenden Wohnverhältnissen wollte eine soziale Wohnungspolitik entkoppeln. Durch Subventionierung der Herstellungskosten – man spricht auch von Objektförderung – sollten die geförderten Neubauten für verschiedene Einkommensschichten zugänglich sein, die Segregation nach Einkommen und beruflicher Qualifikation also überwinden.

In der kurzen Periode der Weimarer Republik wurden einige Modellsiedlungen errichtet, die die Überlegenheit eines staatlich geförderten über den rein kapitalistischen Städtebau demonstrierten. Massenhaft wurden *Sozialwohnungen*, wie die öffentlich geförderten Wohnungen ab der Nazi-Zeit hießen, aber erst nach dem 2. Weltkrieg gebaut. Und sie trugen tatsächlich zum Abbau sozialer Segregation der Arbeiterschicht bei, sie waren ein wichtiges Instrument der Entproletarisierung der deutschen Gesellschaft (vgl. Mooser 1984) – in Ost und West. In der DDR war der Mietwohnungsbau ganz in staatliche Hände genommen worden. Die technische und ästhetische Standardisierung der Wohnkomplexe („Plattenbauten“) galt als äußerer Ausdruck der „Annäherung der Klassen und Schichten“, die zu den Zielen des Staatsozialismus gehörte. Wohnungs- und Städtebau waren also ein Instrument der Gesellschaftspolitik, denn mit den gemischten Wohnquartieren sollte auch eine neue Gesellschaft entstehen (vgl. Hannemann 2000).

3 Quartiereffekte

Richtete sich die Furcht vor der Segregation bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem auf deren politischen und gesundheitlichen Folgen, so entwickelte sich ein anderer Zweig der Segregationskritik aus den Theorien der Sozialökologie, wie sie an der Universität von Chicago in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden. Die Befürchtungen der Großstadtkritik wurden dort zum wissenschaftlichen Thema, indem die Folgen des Lebens in bestimmten *Quartieren* für das soziale Verhalten und für die psychische Gesundheit untersucht wurden (vgl. dazu Spiegel 2000). Abweichendes Verhalten wurde auf hohe Dichte oder geringe soziale Kontrolle zurückgeführt – und soziale Benachteiligung schließlich auch auf das Wohnen in benachteiligten Gebieten (*Slums*). Aus solchen Befunden bildete sich eine Vielzahl von Initiativen zur Bekämpfung der Benachteiligung durch Segregation. Die ‚Stadt-sanierung‘, d.h. die radikale Beseitigung alter Bausubstanz und die Neubebauung der so

gewonnenen Fläche mit sozialem Wohnungsbau, der soziale Mischung garantieren sollte, wurde nach dem 2. Weltkrieg in den meisten industrialisierten Staaten neben dem Neubau von Großsiedlungen zur wichtigsten städtebaulichen Strategie.

In einer bahnbrechenden Studie hat Herbert Gans (1962) nachgewiesen, dass die extrem segregierten Slums, die durch Sanierung beseitigt werden sollten, keineswegs Orte sozialer Desorganisation und sozialer Isolation waren, wie sie von den Stadtplanern dargestellt wurden, sondern dass sich in ihnen auch Formen von Gemeinschaftlichkeit, wechselseitiger Anerkennung und Hilfe und somit wichtige Institutionen sozialer Integration beobachten ließen – wenn man nur danach suchte. Gans zeigte die vielfältigen Formen von informellen Hilfeleistungen zwischen Nachbarn, die Solidarität über Generationen hinweg, und die Existenz einer lokalen Ökonomie. Segregation ist, das weiß man spätestens seit dieser Entdeckung der ‚städtischen Dörfer‘, ambivalent. Sie ist einerseits Ergebnis von versagten Wahlmöglichkeiten und Diskriminierungen und hat damit eine benachteiligende Wirkung, andererseits aber ermöglicht sie aufgrund der sozialen Homogenität eine Binnenintegration, die vielfältige Formen nachbarschaftlicher Solidarität und vor allem wechselseitigen Respekt ermöglicht. Dies gilt ganz besonders für die ethnische Segregation, die jedoch in der Stadtpolitik üblicherweise als Integrationshemmnis abgelehnt wird.

Wie bereits in der Diskussion über die *Sanierungsgebiete* in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich wurde (vgl. Häußermann/Holm/Zunzer 2002), kann dasselbe Milieu höchst unterschiedlich bewertet werden. Während die politische Definition von „einseitigen“ Sozialstrukturen den heruntergekommenen Altbauquartieren und ihren Bewohnern pauschal einen Modernisierungsbedarf attestierte, berief sich der Widerstand gegen die ‚Kahlschlagsanierung‘ darauf, dass diese Quartiere ein bewahrenswertes Milieu beherbergten, das auf langer Wohndauer, informellen Hilfesystemen und dichter Kommunikation beruhte. ‚Zurückgebliebene‘ Quartiere wurden also einerseits als Schutzräume für Arme und Alte betrachtet, andererseits als Orte, die die gesellschaftliche Benachteiligung befestigten. Politisch wurde damals argumentiert, die Situation in den Altbauquartieren stelle kein benachteiligendes, sondern ein emanzipatorisches Milieu dar, weil auf der Basis von Homogenität und lokaler Kommunikation sich eine widerständige Kultur entwickeln könne, die durch Eingriffe von außen (bewusst) zerstört würde.

Segregation ‚an sich‘ kann nicht als positiv oder negativ bewertet werden (vgl. Häußermann/Siebel 2004). Einerseits sind die Wirkungen der Bildung homogener Wohnquartiere immer ambivalent, andererseits hängt die Einschätzung eines sozialräumlichen Milieus von der gesellschaftlichen Bewertung ab: handelt es sich um ein erwünschtes, akzeptiertes Milieu, oder um ein unerwünschtes, fremdes, diskriminiertes? Dies wird sofort deutlich, wenn man die Bewertung von homogenen Mittelschichtquartieren am Stadtrand vergleicht mit der Kritik an den ‚ethnischen Kolonien‘, die in der Regel als ‚problematisch‘ angesehen werden. Ein erster zentraler Unterschied zwischen stark segregierten Quartieren, der für deren Effekte nachhaltige Bedeutung hat, besteht darin, ob sie aufgrund freiwilliger Wohnstandortwahl entstanden sind, oder ob es sich um unfreiwillige, erzwungene Segregation handelt. Die Bewertung divergiert außerdem immer je nach dem Standpunkt des Beobachters: Quartiere, die von außen als ‚problematisch‘ eingestuft werden, werden von ihren Bewohnern häufig akzeptiert und als ein Ort der Zugehörigkeit gesehen, mit dem sie sich durchaus identifizieren.

Der Stadtteil kann als „Ressource der Lebensbewältigung“ (Herlyn/Lakemann/Lettko 1991) dienen, kann aber auch als Beschränkung der Lebenschancen fungieren (vgl. Kapphan 2002). Boettner (2002: 105 f.) hat in einer Fallstudie zu Duisburg-Marxloh gezeigt, dass diese Ambivalenz in widersprüchlichen Deutungsrahmen zum Ausdruck kommt, die er als divergierende „Problemmuster“ bezeichnet. Während nach dem einen Problemmuster gleichsam sozialpflegerisch das homogene Milieu ‚optimiert‘ werden soll, legt das konträre Muster ein Gegensteuern nahe, also den Versuch, die Konzentration von problembeladenen Haushalten aufzulösen – entweder durch die Verringerung der Problemlagen solcher Haushalte, oder durch ein Konzept der sozialen Mischung, sprich: Aufwertung des Quartiers als Wohngebiet.

Mit der Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen und Transferabhängigen in den Städten seit den 1980er Jahren wuchs die Besorgnis für negative Nachbarschaftseffekte, die sich aus der räumlichen Konzentration von Armen und Ausgegrenzten ergeben können. Marginalisierung und Ausgrenzung kann – so die Annahme – durch die räumliche Konzentration von Personen und Haushalten, die in ähnlicher Weise verarmt, diskriminiert und benachteiligt sind, verfestigt und verstärkt werden. Dies gilt insbesondere für Bewohner, deren Aktivitäts- und Kommunikationsraum auf das lokale Gebiet begrenzt ist, wie es vorwiegend bei Personen mit niedriger Bildung und geringen Ressourcen der Fall ist. Ausgrenzende Wirkungen hat die Segregation also nur für diejenigen, die sozial bereits am untersten Rand der Gesellschaft stehen (vgl. Oberwittler 2004).

Anlass für diese Diskussion ist die Vermutung, dass sich die Konzentration von Benachteiligten zusätzlich benachteiligend für diese Personengruppe auswirke, dass aus benachteiligten Quartieren benachteiligende werden oder dass „arme Nachbarschaften ihre Bewohner ärmer machen“ (vgl. Friedrichs 1998). Die Tatsache, so die These, dass man in einer bestimmten Gegend wohnt, wird selbst ein Faktor der Benachteiligung. Soziale Ungleichheit wird damit nicht nur verfestigt, sondern verschärft. Effekte eines Quartiers können sich auf verschiedene Weise ergeben, sie können in drei Dimensionen gruppiert werden:

- Durch die vorherrschenden Überzeugungen und das dominante Verhalten der Bewohner entsteht eine lokale Kultur bzw. ein Milieu, dem sich auch diejenigen nicht entziehen können, die ihm bisher nicht angehörten. Das Leben in einem Quartier prägt Verhaltens- und Denkweisen ihrer Bewohner, die im Falle einer abweichenden oder Subkultur die Mitglieder immer weiter von den anerkannten Normen und Verhaltensweisen der Gesellschaft entfernen. Das Quartier ist ein Ort sozialen Lernens. Die Bewohner können dadurch Nachteile erleiden, dass sie z.B. Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr haben bzw. ergreifen können, wenn diese objektiv (wieder) vorhanden sind.
- Benachteiligte Quartiere zeichnen sich durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die Handlungsmöglichkeiten ihrer Bewohner objektiv einschränken. Dabei handelt es sich um physisch-materielle Merkmale eines Quartiers (Qualität als Wohnort, Erreichbarkeit) sowie seine institutionelle Ausstattung (Dienstleistungen und soziale Infrastruktur).
- Eine dritte Dimension stellt das negative Image eines Quartiers dar, das aufgrund eigener Erfahrungen oder aufgrund von Vorurteilen dem Quartier aufgedrückt wird, und das dann sowohl nach innen (gegenüber seinen Bewohnern) als auch nach außen (als Stigmatisierung der Bewohner) Effekte entfaltet, die die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner weiter einschränken.

Wir haben es also mit drei Bündeln von Effekten zu tun: soziales Milieu (normatives Regelsystem), materielle Ausstattung und Image (symbolische Repräsentation). Empirische Untersuchungen dazu gibt es in Deutschland bisher nur sehr wenige. Friedrichs/Blasius (2000) haben in Köln, Farwick (2006) in Bremen Nachbarschaftseffekte erforscht. In beiden Fällen konnten zwar solche Effekte ermittelt werden, aber nur für bestimmte Gruppen unter bestimmten Bedingungen. Allgemeine Aussagen über *die* Quartierseffekte sind daher nicht möglich. Das zeigen auch die Ergebnisse der sehr viel intensiveren Forschung im Ausland (vgl. Buck 2001, Galster 2002, Musterd/Ostendorf/de Vos 2003, Musterd/Andersson 2005). Diese entwarnenden Befunde gelten allerdings für Städte in Europa, in denen in der langen Wachstumsperiode nach dem zweiten Weltkrieg durch den staatlich subventionierten sozialen Wohnungsbau die Segregation abgebaut und die Sozialleistungen beständig ausgeweitet worden waren. Der postfordistische bzw. postmoderne Wandel kann sich also noch nicht bemerkbar gemacht haben. Die Segregationstendenzen nehmen jedoch inzwischen zu.

4 Segregation und sozialräumliche Polarisierung

In den Großstädten der westlichen Industrienationen vollzieht sich seit Mitte der 1970er Jahre ein sozio-ökonomischer Wandel. Eine stärkere soziale Segregation in den Großstädten ergibt sich aus dem Zusammenwirken von drei Entwicklungen:

- Auf dem Arbeitsmarkt gehen in den Städten die Erwerbsmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeiter verloren, weil Industriearbeitsplätze in großer Zahl abgebaut wurden; der wachsende Dienstleistungsbereich nimmt aber diese überflüssig gewordenen Arbeitslosen nicht auf.
- Aufgrund der Finanznot der Städte, die sich bei hoher Arbeitslosigkeit aus der Schere zwischen steigendem Finanzbedarf für Transfers und sinkenden Steuereinnahmen ergibt, werden soziale Leistungen reduziert bzw. zumindest nicht in dem Maße ausgebaut, wie es angesichts wachsender Notlagen nötig wäre.
- Durch wachsende Konflikte, erweiterte Wahlmöglichkeiten und den Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung werden Entmischungsprozesse ausgelöst und eine stärkere Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen, Lebensstilen und ethnischen Zugehörigkeiten in verschiedenen Quartieren greift Platz. Es sind vor allem die einheimischen Mittelschichten, die sich aus den Quartieren mit einem hohen Anteil von gering qualifizierten Migrant*innen zurückziehen, weil sie die Schulen mit hohen Anteilen von Kindern mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache meiden wollen. Dadurch wird die unfreiwillige Segregation der Verlierer des sozio-ökonomischen Wandels verstärkt.

Auch wenn in den meisten Quartieren der Großstädte von solchen Entwicklungen wenig zu spüren ist, so machen sich doch in anderen Quartieren umso rascher negative Begleiterscheinungen bemerkbar. Das ist ein Resultat der sozialräumlichen Polarisierung, die sich aus der Überlagerung der größer werdenden sozialen Ungleichheit mit dem Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung in den großen Städten, also aus der Objektförderung, ergibt.

Die sozialräumliche Struktur einer Stadt ergibt sich aus der unterschiedlichen Attraktivität von Wohnquartieren, aus den Standortpräferenzen und der Kaufkraft der privaten Haushalte und aus der Art und Weise, wie die Wohnungen auf die Bevölkerung verteilt bzw. wie der Bevölkerung die Wohnungen zugeteilt werden. Je weniger Einfluss der Staat auf die Zuteilung von Wohnungen hat, desto direkter entscheiden Marktprozesse. Auf dem Markt unterscheiden sich die Preise der Wohnungen einerseits nach Qualität und Lage, und andererseits, was für unseren Zusammenhang besonders wichtig ist, nach dem sozialen Milieu bzw. dem Prestige, das sich in der Wahrnehmung der Wohnungssuchenden mit einem bestimmten Gebiet verbindet. Für soziale Exklusivität muss eine höhere Miete bezahlt werden, und daher haben die Mieter und die privaten Vermieter die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft eines Quartiers sehr genau im Auge. Eine deutliche soziale Profilierung von Wohngebieten entspricht der Logik des Wohnungsmarktes.

In allen Städten kennt man heute Gebiete, in denen sich soziale Probleme und Konflikte häufen. Die soziale Entwicklung in den westlichen Großstädten – von Berlin bis New York – wird seit Beginn der 1990er Jahre mit Begriffen wie Dualisierung bzw. Spaltung gekennzeichnet. Neben der großen Zahl von Arbeitslosen haben auch manche Gruppen der Beschäftigten Einkommensverluste hinzunehmen, so dass die Realeinkommen eines großen Teils der Bevölkerung sinken. Auf der anderen Seite gibt es aber (in den sog. unternehmensorientierten Dienstleistungen, zu denen z.B. EDV, Werbung, Marketing, Unternehmensberater und Kommunikationsdienste gehören) auch eine wachsende Zahl von Stadtbewohnern, die sehr hohe Einkommen beziehen. Wir haben es also mit einer Spreizung der Einkommensverteilung und mit einer Polarisierung der Einkommensstruktur zu tun (vgl. Häußermann/Läpple/Siebel 2007).

In den 1960er Jahren sind sog. Gastarbeiter vor allem für unqualifizierte Arbeit in der Industrie angeworben worden. Diese Arbeitsplätze sind heute aus den Städten weitgehend verschwunden. Das ist die Ursache der hohen Arbeitslosigkeit unter Migranten. Aus der zweiten und dritten Generation der Einwanderer haben einige zwar einen sagenhaften Aufstieg erlebt, indem sie als Kinder von Analphabeten bis zum Hochschulstudium gekommen sind, die Mehrheit der Kinder findet sich heute jedoch – wie ihre Eltern – in den Hauptschulen und im untersten Segment des Arbeitsmarktes. Viele brechen die Schule ab, nur eine Minderheit erreicht einen beruflichen Abschluss. Mit wachsender Zahl hat sich die Migrantenbevölkerung inzwischen auch sozial ausdifferenziert; es gibt türkische Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer usw., aber es hat sich auch eine starke Unterschicht herausgebildet, die stark segregiert in *Ausländervierteln* lebt und von Politikern als *Parallelgesellschaft* diffamiert wird. Sie leben in der Regel mit der einheimischen Unterschicht zusammen – und empfinden deren respektloses und unzivilisiertes Verhalten oft genug als Zumutung. Insbesondere starker Alkoholkonsum wird von den abstinenteren Muslimen geächtet. Auf der anderen Seite sorgen jugendliche Migranten, die sich nicht integriert und nicht respektiert fühlen, durch provokatives Verhalten immer wieder für Konflikte in den Quartieren. Da sich soziale Probleme und ethnische Merkmale überlagern, wird häufig die Konzentration von ethnischen Minderheiten als Ursache für ihre mangelnde Integration angesehen. Dafür gibt es aber kaum Beweise – es handelt sich um eine Ethnisierung sozialer Probleme. Wie entsteht diese starke räumliche Konzentration von sozialen Problemen? Drei Prozesse können dafür verantwortlich gemacht werden:

4.1 *Selektive Mobilität*

In den Großstädten bilden sich Quartiere heraus, in denen sich die ‚Überflüssigen‘ konzentrieren: die marginalisierten Einheimischen und die diskriminierten Zuwanderer, die in den ‚besseren‘ Vierteln keine Wohnung (mehr) finden. Zur Konzentration trägt zusätzlich die Abwanderung von Haushalten, die am Wohlstand in unserem Lande teilhaben, aus diesen Quartieren bei. Sie streben Wohnstandorte an, die am Rande oder außerhalb der Großstädte („im Grünen“) liegen. Die Gründe dafür sind die mangelhaften Umweltqualitäten in den dichten Großstadtgebieten, der Wunsch nach privater Grünfläche um das Haus (insbesondere dann, wenn Kinder zum Haushalt gehören) – und schließlich ist immer häufiger bei Haushalten mit Kindern der Wunsch zu beobachten, sich von Nachbarn distanzieren zu können, deren Kultur und Lebensgewohnheiten man nicht mag. Für jeden freiwillig abgewanderten Haushalt zieht einer nach, der wegen seines Einkommens oder wegen kultureller Diskriminierung keine andere Wahl hat.

Problembeladene Nachbarschaften bilden sich nicht nur in den innerstädtischen Altbaubeständen, sondern auch in den seit den 1960er Jahren in Ost und West errichteten Neubaugroßsiedlungen am Stadtrand. Konnte früher – bei der Konzipierung von Stadterneuerungsprogrammen – von einer Identität von schlechten, erneuerungsbedürftigen Wohnungen und einer sozial marginalisierten Bewohnerschaft ausgegangen werden, so gilt diese Gleichung heute nicht mehr. Die soziale Marginalisierung wohnt überall. Die Probleme sind unabhängig vom Zustand der Bausubstanz, und es wäre daher falsch, sie mit baulichen Problemen gleichzusetzen.

Kulturelle Konflikte sind besonders heftig in den Schulen, wenn die Anteile von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache den Status einer Minderheit übersteigen. Ob berechtigt oder nicht, die Sorge der Eltern um die Bildungszukunft ihrer Kinder führt zur Abwanderung derer, die über die materiellen Voraussetzungen dafür verfügen, wenn die Schule sich nicht in der Lage zeigt, mit den wachsenden Anforderungen einer multikulturellen Schülerschaft produktiv umzugehen. Die Schulsituation ist für Haushalte mit Kindern ein wesentlicher Grund dafür, die gemischten Quartiere zu verlassen und sich in einem Wohnquartier niederzulassen, wo die soziale Homogenität größer ist. An dieser Abwanderung beteiligen sich im übrigen integrierte und aufstiegsorientierte Zuwanderer-Haushalte ebenso wie einheimische, es wäre also völlig falsch, die Anlässe mit ‚Ausländerproblemen‘ gleichzusetzen.

4.2 *Der Fahrstuhleffekt*

Sozial selektive Weg- und Zuzüge sind nur eine Variante der Entstehung einer Konzentration von problembeladenen Haushalten, die andere ist eine Folge der Arbeitsmarktkrise. Dafür gibt es in den Großstädten heute viele Beispiele: Gebiete, in denen vorwiegend gering qualifizierte Industriearbeiter gewohnt haben (*Arbeiterviertel*), erleben einen kollektiven Abstieg dadurch, dass die Fabrikarbeitsplätze verschwunden und die Arbeiter arbeitslos geworden sind. Plakativ formuliert: Aus einem Arbeiterquartier wird dann ein Arbeitslosenquartier. Die Kaufkraft nimmt ab, die sichtbare Armut nimmt zu, Läden werden geschlossen bzw. verändern ihr Angebot in Richtung Billigwaren, und insgesamt verschlechtert sich das Klima.

Handelt es sich dabei um *Slums*? Ist Segregation überhaupt ein Problem? Nicht jede Form sozialer Segregation wird als ein soziales Problem angesehen. Das wird rasch deutlich, wenn man an die sehr exklusiven Wohngebiete der Reichen denkt, die es in jeder Großstadt gibt, die extrem segregiert sind, die aber weder für die Sozialämter noch für Stadtplanungsämter als besonderes problematisch gelten.

Als Slum werden solche Quartiere bezeichnet, in denen eine ökonomisch benachteiligte und sozial diskriminierte Minderheit dominiert, und in denen dadurch die Kaufkraft fehlt, um eine ‚normale‘ Versorgung mit Gütern und Infrastrukturleistungen sicher zu stellen. In die Häuser wird nicht mehr investiert, das Straßenbild verwahrlost und in den Straßen haben Jugendbanden die Kontrolle übernommen. In den USA ergeben sich solche Quartiere, weil es für viele Bewohner keine Sozialleistungen gibt und sich auch die lokale Politik um solche Quartiere nicht mehr kümmert. Öffentliche Dienstleistungen entfallen dann ganz oder sind von sehr schlechter Qualität. Solche Quartiere sind Sackgassen für Kinder und Jugendliche, für die dann Gelegenheiten, durch kriminelle Aktivitäten sehr schnell Geld zu verdienen, besonders attraktiv werden.

In Deutschland gibt es solche Quartiere nicht. Bei uns gibt es weder Slums noch Ghettos. Ghettos wären Nachbarschaften, die zu 100 Prozent aus Angehörigen einer ethnischen Minderheit bestehen. Verglichen damit ist die soziale und ethnische Mischung in deutschen Städten immer noch sehr hoch – und die Kriminalitätsrate sehr niedrig. Wie unterschiedlich die soziale Zusammensetzung in den Quartieren der Städte sein kann, zeigt folgende Tabelle mit nur wenigen Angaben zur sozialen Lage der Bewohner:

Tabelle 1: Sozialdaten zu jeweils einem privilegierten und einem marginalisierten Quartier in vier deutschen Städten (2001/02)

	Einwohner	Ausländeranteil in %	Arbeitslosenquote in %	Sozialhilfedicke in %
Köln	1.020.116	17,8	12,3	6,4
Chorweiler	14.711	39,4	22,7	23,3
Marienburg/Hahnwald	8.105	15,0	8,1	2,8
Berlin	3.340.887	13,1	10,9	8,2
Wedding	22.406	34,6	16,0	20,9
Zehlendorf-Mitte	25.408	7,0	4,8	2,9
Leipzig	519.420	4,7	19,8	5,7
Osten	17.341	10,5	20,1	12,7
Gohlis-Süd	13.740	6,8	10,8	6,2
Mannheim	323.836	20,4	7,2	5,8
Schönau	14.396	22,7	11,6	13,5
Oststadt	13.626	12,4	4,3	2,6

Quelle: Veröffentlichungen der Statistischen Ämter, eigene Zusammenstellung.

In der Tabelle sind Daten für jeweils zwei Quartiere aus vier Städten zusammengestellt. Die Quartiere repräsentieren die Pole der sozialen Segregation in diesen Städten: Ausgewählt sind jene Gebiete der Städte, in denen jeweils die höchsten und die niedrigsten Anteile von Bewohnern in Arbeitslosigkeit oder mit Transferbezug wohnen. Auch der Anteil der Ausländer differiert gegenüber dem gesamtstädtischen Durchschnitt, aber sehr stark gegenüber

den Quartieren ‚am anderen Ende der Stadt‘. Die Arbeitslosenquoten sind in den marginalisierten Quartieren mindestens doppelt, in der Regel drei- und viermal so hoch wie in den Gebieten, wo die Privilegierten wohnen. Die Vermutung von Umwelteffekten liegt dann nahe – und in der Tat gibt es Anzeichen dafür, dass Sozialhilfebezieher in Quartieren, in denen es eine hohe Konzentration von Sozialhilfebezieher gibt, länger Sozialhilfebezieher bleiben als solche, die in Gebieten mit einer geringeren Konzentration wohnen (vgl. Farwick 2001). Allerdings deuten die Daten auf einen geringen Einfluss der Nachbarschaft für die Lebenschancen hin, aber es gibt ihn immerhin – und es gibt ihn insbesondere bei den Haushalten, die über die geringsten Ressourcen verfügen und deren Aktionskreise (daher) stark lokal zentriert sind.

4.3 *Ethnische Segregation*

Auch die räumliche Segregation von Zuwanderern stellt nicht per se ein Problem dar. Die „ethnischen Kolonien“, die es in jeder großen Stadt gibt, können für die Zuwanderer einen Schutzraum darstellen, in dem sie sich auf der Grundlage der Anerkennung ihrer mitgebrachten Identität mit der neuen Heimat auseinandersetzen können (vgl. Oswald 2007). Gebiete mit einer hohen Konzentration von Bewohnern einer bestimmten Nationalität können also Übergangsorte darstellen, die nach innen sehr gut integriert sind, aber dennoch Brücken bilden, die die Integration in die Aufnahmegesellschaft ermöglichen. Sie ermöglichen sozusagen eine behütete Erfahrung mit Rückzugsgarantie. Aber sie können auch Integrationsbremsen sein, nämlich dann, wenn die Verbindungen zwischen der ethnischen Kolonie und der Mehrheitsgesellschaft schwach oder unterbrochen sind – wenn also keine soziale Mobilität möglich ist und der ethnisch geprägte Raum zur Endstation wird. Dann können sich geschlossene Subkulturen mit abweichenden Normen und Verhaltensweisen entwickeln, die die Differenzen, die es zwischen Zuwanderern und Einheimischen zwangsläufig gibt, befestigen und nicht verringern.

5 **Das Programm Soziale Stadt**

Die beschriebenen Tendenzen verlangen höchste Wachsamkeit und erfordern politische Initiativen, die nicht nur die gesamtstädtischen Segregationstendenzen bremsen können, sondern die den Bewohnern von deprivierten Quartieren neue Perspektiven bieten. Diesen Anspruch erhebt das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die *Soziale Stadt*“, das im Jahre 2000 eingerichtet wurde. Mit diesem Programm (vgl. Difu 2003) hat die Stadtpolitik in Deutschland ganz neue Wege beschritten. Quartiereffekte werden unmittelbar zum Gegenstand politischer Intervention. Soziale Ziele treten also an die Stelle von städtebaulichen, und damit wandeln sich auch die Instrumente der Quartierspolitik. Der neu in das Baugesetzbuch aufgenommene Paragraph 171e formuliert dies so:

„Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Ge-

meindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist. Ein besonderer Entwicklungsbedarf liegt insbesondere vor, wenn es sich um benachteiligte innerstädtische oder innenstadtnah gelegene Gebiete oder verdichtete Wohn- und Mischgebiete handelt, in denen es einer aufeinander abgestimmten Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf“.

Das Programm „Soziale Stadt“ will exemplarisch die Entwicklung einer neuen Politikform anstoßen: kooperative Steuerung, bei der staatliche und private institutionelle Akteure zusammenwirken, aber auch Bürger und Verwaltungen. In dezentralen Entscheidungsprozessen sollen Pfade einer ‚von unten‘ getragenen Entwicklung gefunden werden, die Bewohner, Betriebe, Wohlfahrtsverbände, Initiativen aller Art und öffentliche Ämter vernetzt.

Die bisherige Praxis der Sozialen Stadt steht allerdings noch sehr in der Tradition der baulich orientierten Stadterneuerung. Städtebauliche Problembeschreibungen und bauliche Maßnahmen bilden noch häufig das Zentrum der Quartiersstrategie, die nach der Philosophie des Programms viel komplexer angelegt sein sollte, und die eine Vielzahl von Akteuren einbeziehen, vernetzen und ihre Ressourcen integrieren sollte (vgl. Walther 2002). Architekten und Stadtplaner neigen zu einer ‚Container-Theorie‘, nach der die sozialen Prozesse in einem Raum durch die bauliche Umwelt bestimmt werden. Sozialarbeiter und Sozialplaner bevorzugen dagegen eine Art *Sozialgruppen-Theorie*, wonach allein die sozialen Probleme der Bewohner Ansatzpunkt für staatliche Intervention sein können. Die vielschichtigen Verhältnisse in einem Quartier „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ verlangen aber *multidimensionale Problemdiagnosen*, die auf komplexen Theorien beruhen. Für die Quartiersentwicklung können dies *Kontext-Theorien* bzw. Theorien über die Effekte einer Nachbarschaft sein, die deshalb nicht besonders beliebt sind, weil sie zeigen, an wie vielen Stellen gleichzeitig interveniert werden müsste, um einen nachhaltigen Erfolg in der Quartiersentwicklung zu erzielen. Sie wecken häufig den Ärger von Praktikern, weil sie als abstrakt oder utopisch erscheinen.

6 Politisches Handeln

Die Problemdiagnose des Programms „Soziale Stadt“, wie sie in Paragraph 171e Baugesetzbuch formuliert ist, legt eine Strategie der Desegregation nahe. Solche Programme gibt es in den USA. Im Programm „Moving to Opportunity“ (MTO) wird Haushalten, die in einem Quartier mit extrem hoher Konzentration von sozialen Problemen wohnen, das Angebot unterbreitet, in eine Vorstadt-Siedlung umzuziehen, wo höhere soziale Schichten wohnen. Vom Wechsel der Umgebung erhofft man sich segensreiche Auswirkungen auf die Bildungschancen der Kinder und auf die soziale Mobilität der Haushaltsmitglieder insgesamt. Die Ergebnisse bisheriger Evaluationen sind allerdings nicht besonders ermutigend. Ähnlich wie der Einfluss einer als ‚schlecht‘ klassifizierten Nachbarschaft in der Regel überschätzt wird, sind die positiven Effekte eines Wechsels der Nachbarschaft mager (vgl. Galster 2002).

Ein derartiges Programm gibt es in keinem europäischen Land. Hier herrscht weder der dafür notwendige Pragmatismus, noch sind die Quartiere so stark segregiert, dass man zu solchen Maßnahmen greifen müsste. Aber es gibt auch keine anderen Instrumente zur

Senkung der sozialen Segregation. Sozialer Mietwohnungsbau wird kaum noch gefördert, die noch vorhandenen Bestände schmelzen aufgrund auslaufender Bindungen und vorzeitiger Privatisierung rasch ab. Der öffentliche Einfluss auf die sozialräumliche Struktur der Städte wird dadurch geringer. Bei extremer Segregation, die sich daraus ergeben könnte, dass nur noch an wenigen Stellen räumlich konzentriert Wohnungen vorhanden sind, die bedürftigen Haushalten angeboten werden können, könnten dann aber doch noch die befürchteten Nachbarschaftseffekte auftreten. Dieses gilt umso mehr, als infolge des Rückzugs des Staates aus der Objektförderung nun der Subjektförderung, also der Unterstützung der Mieter durch Geldleistungen (Wohngeld), ein größeres Gewicht zukommt. Dies führt im Regelfall allerdings – von der Höhe und der Anpassung dieser Geldleistung an gestiegene Mietpreise her – eher zur indirekten Subventionierung der Wohnungsbesitzer mit dem Ergebnis, dass der Wohnungsbestand für die unteren Einkommensbezieher qualitativ nicht besser, gleichwohl aber – relativ – teurer wird. Der beschriebenen Segregation könnte die Subjektförderung nur dann entgegenwirken, wenn sie so ausgestattet wäre, dass dadurch auch und gerade soziale Unterschichten eine echte Wahlfreiheit bezogen auf ihr Wohnquartier erlangen würden. Durch das Wohngeld kann die Möglichkeit, eine bestehende Wohnung halten zu können, verbessert werden, aber ein Vermieter wird sich durch die Aussicht, dass der zukünftige Mieter Wohngeld beziehen könnte, bei seiner ‚Bonitätsprüfung‘ sicher nicht beeindrucken lassen. Das heißt, dass Entmischungsprozesse dadurch verlangsamt, Segregation aber nicht bekämpft werden können.

Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1998): *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective*, Aldershot
- Boettner, Johannes (2002): Vom tapferen Schneiderlein und anderen Helden. Fallstricke des integrierten Handelns – Eine Evaluation, in: Walther (2002), 101-114
- Buck, Nick (2001): Identifying neighbourhood effects on social exclusion, in: *Urban Studies*, Vol. 38, Nr. 12, 2251-2275
- Difu (Deutsches Institut für Urbanistik) (2003): *Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin
- Engels, Friedrich (1956 ff.): Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels (1956 ff.), Band 2, 225-506
- Farwick, Andreas (2001): *Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*, Opladen
- Farwick, Andreas (2006): *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern in städtischen Gebieten auf den Eingliederungsprozess*, (Habilitationsschrift am Fachbereich 8 der Universität Bremen), Bremen
- Friedrichs, Jürgen (1995): *Stadtsoziologie*, Opladen
- Friedrichs, Jürgen (1998): Do Poor Neighbourhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighbourhoods on Residents, in: Andreß (1998), 77-99
- Friedrichs, Jürgen/Blasius, Jörg (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*, Opladen
- Friedrichs, Jürgen/Galster, Georg/Musterd, Sako (Hrsg.) (2005): *Life in Poverty Neighbourhoods. European and American Perspectives*, London/New York
- Galster, George (2002): Trans-Atlantic Perspectives on Opportunity, Deprivation and the Housing Nexus, *Housing studies*, vol 17 afl 1, 5-12

- Gans, Herbert J. (1982): *The Urban Villagers: Group and Class in the Life of Italian-Americans*, 2. Ausgabe, (zuerst 1962), New York
- Hannemann, Christine (2000): *Die Platte*, Berlin
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der ‚sozialen Stadt‘, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 10-11, 13-21
- Häußermann, Hartmut (Hrsg.) (2000): *Großstadt. Soziologische Stichworte*, Opladen
- Häußermann, Hartmut (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, 143-157
- Häußermann, Hartmut/Holm, Andrej/Zunzer, Daniela (2002): *Stadterneuerung in der Berliner Republik: Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg*, Opladen
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2000): *Berlin: von der geteilten zur fragmentierten Stadt?*, Opladen
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrsg.) (2009): *An den Rändern der Städte*, Frankfurt a. M. 3. Auflage
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin (2005): Inklusion – Exklusion, in: Kessl et al. (2005), 597-609
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2011): *Stadtpolitik*, Frankfurt a. M.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): *Soziologie des Wohnens*, Weinheim
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt a. M.
- Herlyn, Ulfert/Lakemann, Ulrich/Lettko, Barbara (1991): *Armut und Milieu*, Basel/Berlin/Boston
- Kapphan, Andreas (2002): *Das arme Berlin: Sozialräumliche Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er Jahren*, Opladen
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): *Handbuch Sozialraum*, Wiesbaden
- Kronauer, Martin (2002): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a. M.
- Krummacher, Michael/Kulbach, Rainer/Waltz, Victoria/Wohlfahrt, Norbert (2003): *Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit*, Opladen
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956 ff): *Werke (MEW)*, Berlin
- Mooser, Josef (1984): *Arbeiterleben in Deutschland 1900 – 1970*, Frankfurt a. M.
- Musterd, Sako/Andersson, Roger (2005): *Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities*, in: *Urban Affairs Review*, Vol. 40, Nr. 6, 761-790
- Musterd, Sako/Ostendorf, Wim/de Vos, Sjoerd (2005): *Neighbourhood Effects and Social Mobility, A Longitudinal Analysis*, in: *Friedrichs/Galster/Musterd (2005)*, 81-96
- Oberwittler, Dietrich (2004): *Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 43, 135-170
- Oswald, Ingrid (2007): *Migrationssociologie*, Konstanz
- SEU (Social Exclusion Unit) (2001): *A New Commitment to Neighbourhood Renewal: National Strategy Action Plan*, Social Exclusion Unit, Cabinet Office, London
- Spiegel, Erika (2000): *Dichte*, in: Häußermann (2000), 39-47
- Walther, Uwe-Jens (Hrsg.) (2002): *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen: ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?*, Opladen
- Willms, Johannes (1988): *Paris, Hauptstadt Europas 1789 – 1914*, München
- Wilson, William Julius (1987): *The truly disadvantaged: the inner city, the underclass, and public policy*, Chicago/London